

FDP Offenbach

OFFENBACHER FDP MIT BUNDESPARTEITAG ZUFRIEDEN

03.06.2015

Bundesdelegierte Weiß und Stirböck begrüßen Beschlüsse zur Bildungspolitik

„Sehr zufrieden“ äußert sich die Offenbacher FDP zu den Wahlergebnissen und Beschlüssen des Bundesparteitages der Freien Demokraten in Berlin. Entsprechend gut gelaunt kehrten die Offenbacher Delegierten zurück: Offenbachs Parteivorsitzender Paul-Gerhard Weiß und Fraktionschef Oliver Stirböck waren in die Hauptstadt gereist, um die Parteispitze um Christian Lindner und Nicola Beer in ihrer Strategie für ein Comeback der FDP zu unterstützen. „Sie machen das gut und die ersten Erfolge werden jetzt sichtbar. Die FDP kehrt nach und nach zurück. Noch ist das bundesweite Comeback keineswegs gesichert, wohl aber eine Stabilisierung der Partei durch Erneuerung erreicht. Das haben uns viele nicht zugetraut“.

Was den Offenbacher Freien Demokraten um Ex-Bildungsdezernent Paul-Gerhard Weiß besonders am Herzen lag, war der mit großer Mehrheit beschlossene Leitantrag zur Bildungspolitik: Künftig will sich die Partei auch bundesweit auf dieses Thema konzentrieren, da sie in der Qualitätssteigerung eine gesamtstaatliche Aufgabe sehe, folglich auch Bundeskompetenzen erforderlich seien. In einem Land, das so von Wissen und Bildung abhängig sei wie Deutschland, müsse eigentlich „weltbeste Bildung“ das Ziel sein. „Gerade in Städten wie Offenbach ist diese auch notwendig, um das große Potenzial der Begabungen zu heben, damit es sich in die Gesellschaft einbringen und für diese fruchtbar werden kann“. Dabei gehe es nicht nur ums Geld, aber eben auch. „Es müssen mehr Mittel in den Bildungssektor fließen und das geht nur unter Beteiligung des Bundes. Außerdem brauchen wir in einer mobilen Gesellschaft, in der die Leute häufig umziehen, vergleichbare Bedingungen und Standards in der gesamten Republik.“

Seit Jahren seien die bildungspolitischen Aufgaben bekannt, aber man komme viel zu langsam voran: „Die Bundesländer werkeln im Schneckentempo vor sich hin, geben an

der einen Stelle ein wenig und nehmen es an der anderen weg, wie das gerade in Hessen wieder geschieht. So kann es nicht weitergehen.“